

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Helmut Kohl

Der Euro und die Zukunft Europas

Discussion Paper

C 103
2002

Dr. Helmut Kohl, geboren 1930, war von 1982 bis 1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der promovierte Historiker war von 1959 bis 1976 Abgeordneter des Landtages von Rheinland-Pfalz und von 1969 bis 1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Seit 1976 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Von 1973 bis 1998 war er Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für seine Verdienste um die deutsche Einheit und die europäische Einigung ernannten ihn die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union 1998 zum „Ehrenbürger Europas“, ein Ehrentitel, der zuvor nur Jean Monnet verliehen worden ist.

Dokumentation eines „ZEI-Europaforums“
am 14. Januar 2002

Helmut Kohl

Der EURO und die Zukunft Europas

In diesen Tagen habe ich - wie andere auch - eine glückliche Lebenserfahrung machen können: Von einem Tag zum anderen haben wir in weiten Teilen Europas eine gemeinsame Währung, den EURO, bekommen. Seit genau zwei Wochen zirkuliert in zwölf EU-Ländern dieses neue Geld. Wie in einer Mediendemokratie üblich, sind schon die ersten Umfragen da. Was immer man im einzelnen von Umfragen halten mag - eines ist sicher: der EURO wird angenommen. Ich sage Ihnen ganz offen: Mich freut das ungemein. Ich stellte mir am Tag danach vor, was an Leitartikeln geschrieben worden wäre, wenn die Bürger in Europa den EURO abgelehnt hätten. Daß die neue Währung nahezu reibungslos eingeführt wurde, zeigt, daß die Entscheidung von Millionen und Abermillionen begriffen und akzeptiert wurde. 300 Millionen Europäer zahlen jetzt in 12 Staaten der Europäischen Union in ein- und derselben Währung. In wenigen Jahren - ob in zehn oder fünfzehn, das ist so wichtig eigentlich gar nicht, aber viel länger wird es nicht dauern - wird sich diese Zahl erhöhen - in die Nähe einer halben Milliarde Menschen. Die Einführung des EURO ist nicht nur eine bedeutende Entscheidung im Bereich der Europäischen Union. Sie ist eine tiefe Zäsur in der europäischen Geschichte.

In diesen Tagen erinnerte mich ein alter Freund in einem Brief daran, daß ich als Bundeskanzler in den achtziger Jahren in Metz auf einer Großveranstaltung zu Ehren Robert Schumans sprach, der dort lebte und begraben ist. Der Metzger Oberbürgermeister erinnerte in seiner Begrüßung daran, daß er 1943 im Alter von 13 Jahren vom Trottoir gehen mußte, wenn

ihm ein deutscher Offizier entgegen kam. Ich entgegnete ihm damals in meiner Antwort: „1945 mußte man in Ludwigshafen in der Nähe der französischen Kommandantur vom Gehsteig herunter gehen, wenn ein französischer Offizier kam.“ Wenn man das heute Gymnasiasten in Deutschland oder Frankreich erzählt, dann glauben die, wir seien damals verrückt gewesen. Ich bin glücklich, daß so etwas heute in Europa nicht mehr möglich ist.

Durch die gemeinsame europäische Währung ist die europäische Einigung irreversibel, also unumkehrbar geworden. Wer jetzt in dem Verband des EURO ist, der kann nicht mehr aussteigen. Das ist eine definitive, endgültige Entscheidung. Es gibt in unserem Europa nur noch eine Währung. Und das ist weit mehr, als finanz- und währungspolitische Entscheidungen sonst bedeuten. Denn durch diese gemeinsame Währung wird die Europäische Union, wird das Haus Europa, das wir bauen, noch fester und noch unauflöslicher zusammengebunden. Gerade wir Deutschen haben mehr als alle anderen in Europa Grund, diesen Tag für uns als ein großes historisches Ereignis zu betrachten und zu feiern. Wir haben mehr Nutzen vom Bau des Hauses Europa als alle anderen.

Unsere Geschichte ist seit Hunderten von Jahren, nicht zuletzt im Zeitalter des Nationalstaates, von unserer zentralen Lage auf dem europäischen Kontinent geprägt worden. Wir sind das Land mit den längsten und meisten Grenzen. Wir sind das Land, das mehr berührt wurde von dem, was Nachbarn taten. Und wir haben andere mehr berührt mit dem, was wir taten. Im deutschen Namen ist Schreckliches geschehen und über die Welt gekommen. Es ist auch deswegen Schreckliches geschehen, weil wir nie eine Abseitsposition einnehmen konnten. Wir sind nicht auf der britischen Insel. Wir sind auch nicht ein Land, das, wie Frankreich, sehr früh zu einer Zentrale in Paris und zum Nationalstaat fand. Wir sind ein Land mit sehr vielen unterschiedlichen Interessenlagen, die auch von außen hereingetragen wurden. Deswegen haben wir mehr Interesse als jeder andere, daß wir Grenzen haben, die keine wirklichen Grenzen im althergebrachten Sinn mehr sind, sondern hinüberführen zu Freunden und Partnern in einem gemeinsamen Europa. Die Verfolgung dieses Zieles war die Voraussetzung für die friedliche Entwicklung der letzten fünfzig Jahre.

Der Euro und die Zukunft Europas

Es ist eine Tatsache: Ohne die europäische Einigung wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Der Satz Adenauers, die deutsche Einheit und die europäische Einigung seien zwei Seiten der gleichen Medaille, hat sich in einer triumphalen Weise bestätigt.

Jetzt wird natürlich viel über dieses Thema geredet. Wenn Sie am Vorabend des 1. Januar 2002 und am Tag danach die eine oder andere Sendung im deutschen Fernsehen sahen oder so manchen Artikel lasen, stellt sich mir die Frage, ob ich in den letzten Jahren wirklich in diesem Land gelebt habe! So ist es einfach nicht wahr, daß quasi ein Handelsgeschäft gemacht wurde nach dem Motto „Für die deutsche Einheit geben wir die D-Mark“. Vergessen wir nicht: Die Idee einer gemeinsamen europäischen Währung ist sehr viel älter. Ich kann nur bezeugen, daß François Mitterrand und ich schon in den achtziger Jahren, wenige Jahre nach meiner Wahl zum deutschen Bundeskanzler, zum ersten Mal über diese Frage sprachen. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, an dem niemand auch nur im Traum daran dachte, daß in wenigen Jahren, noch in den achtziger Jahren, die deutsche Einheit möglich sein könnte. Wir waren uns einig, daß wir die politische Einigung Europas wollten. Und wir waren uns auch einig - wir beide jedenfalls - daß die politische Einigung Europas die ökonomisch-wirtschaftliche Einigung mit einer gemeinsamen Währung voraussetzte.

Wer die Währungsgeschichte Europas in den letzten dreißig Jahren erlebt hat und erfahren hat, wie schwer es den Franzosen fiel, die herausgehobene Stellung der Bundesbank in Frankfurt zu akzeptieren, der kann sich vorstellen, wie wichtig es war, daß wir für den EURO eine gemeinsame deutsch-französische Entscheidung anstrebten. Ich sage ganz offen: Ich selbst war stets dafür, die gemeinsame Währung einzuführen, unabhängig davon, ob die deutsche Einheit bald möglich sein würde. Als dann Michail Gorbatschow die Perestroika einleitete, als die Reformkommunisten in Budapest und die Solidarnosc in Polen sich durchzusetzen begannen, war es ganz entscheidend, daß wir in diesem Augenblick das Vorhaben der gemeinsamen Währung weiter verfolgten. Es war eine wirkliche Schicksalsfrage für Europa - und nicht zuletzt natürlich für uns, die Deutschen - daß sich in dieser Stunde zeigte, daß die Bundesrepublik

Deutschland verlässlich war und wir bereit waren, für die deutsche Einheit unsere Bündnisverpflichtungen aufzugeben.

Versetzen wir uns noch einmal gedanklich zurück in den Herbst 1989, als die Mauer fiel und ich am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag mein 10-Punkte-Programm zur deutschen Einheit vorstellte. Zu diesem Zeitpunkt herrschte unter unseren europäischen Freunden keine sehr große Sympathie für eine EU mit einem wiedervereinten Deutschland. Jene Länder, die die Deutschlandverträge unterschrieben hatten, waren zwar für die deutsche Einheit, aber vielleicht eher zu einem späteren Zeitpunkt. Es gab eine kleine Gruppe, die sich mit der deutschen Einheit nicht anfreunden konnte. Und es gab eine ganz kleine Gruppe, die die deutsche Einheit eindeutig unterstützte. Dazu gehörte mein Freund Felipe Gonzalez. Er sagte aufgrund seiner Vorstellung von den Menschenrechten und seiner Vorstellung einer richtigen europäischen Entwicklung ohne Wenn und Aber „Ja“ zur deutschen Einheit.

Ich werfe niemandem vor, auch nicht unseren ausländischen Freunden und Partnern, nach dem Fall der Mauer zunächst so zögerlich gewesen zu sein. Es war immerhin noch die Generation, die selbst oder deren Eltern die Nazibarbarei erlebt hatten. So hatte es die niederländische Regierung mit einem innenpolitischen Klima zu tun, das noch ganz von den Schandtaten geprägt war, die im deutschen Namen durch die Nazis geschehen waren. Das alles gehört zum Gesamtbild der damaligen Situation. Auch dies, daß Margaret Thatcher beim Europäischen Rat im Dezember 1989 in Straßburg unter Vorsitz von François Mitterrand in einer Pause voller Zorn rief: „Zweimal haben wir sie geschlagen, und jetzt sind sie wieder da!“ Das sagte sie aus ihrer vollen Überzeugung heraus, und damit war sie ehrlicher als viele andere. Wir haben deswegen im Rückblick keinen Grund, auf unsere europäischen Partner zu schimpfen. Denn auch im Deutschland jener Tage war die Idee der deutschen Einheit heftig verblaßt. Es gab eigentlich nur wenige, die daran wirklich glaubten. Es gab viele, auch unter den Studenten hier in Bonn, die in jenen Zeiten distanziert zur deutschen Einheit standen, besonders nachdem sie in einem bestimmten Hamburger Magazin von einer „Reise in ein fernes Land“ gelesen hatten, womit eine Reise nach Deutschland, aus Deutschland nach Deutschland, gemeint war.

Der Euro und die Zukunft Europas

Wegen dieser Ausgangslage war es entscheidend, daß sich unsere amerikanischen und kanadischen sowie unsere europäischen Freunde nach dem Fall der Mauer darauf verlassen konnten, daß wir Wort hielten. Ich kann voller Respekt und Dankbarkeit sagen, daß das auch bei meinen Amtsvorgängern der Fall war. Für Konrad Adenauer, zwischen Köln und Bonn zu Hause, war es entscheidend, daß Europa einen neuen Glanz bekam. Für Ludwig Erhard, Kurt-Georg Kiesinger, Willy Brandt und Helmut Schmidt war es wichtig, daß wir wieder Vertrauen gewannen, das in der Nazi-Zeit so sehr verloren gegangen war.

Beim Europäischen Gipfel im Juni 1988 in Hannover war noch keine Rede von einer nahe bevorstehenden deutschen Einheit. Dort machten sich François Mitterrand und ich sehr entschieden für die Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion stark. Deswegen will ich noch einmal sagen: Es ist eine Legende, wenn man behauptet, wegen der deutschen Einheit hätten wir die D-Mark preisgegeben.

Wir vermittelten gleichwohl damals unseren Freunden und Nachbarn, daß diese deutsche Einheit die zweite Seite der gleichen Medaille ist. Wir räumten dadurch die schlimme Befürchtung aus, die Deutschen seien drauf und dran - wenn sie einen Vorteil davon einhandeln können - im Alleingang die Partnerschaft und Freundschaft mit anderen aufzugeben.

Natürlich weiß ich, wie schwierig es war, im Zusammenhang mit dem Bau des Hauses Europa die D-Mark aufzugeben. Es war schwer, unseren ausländischen Freunden immer klar zu machen, was die D-Mark für die Deutschen bedeutete. Deshalb bin ich Theo Waigel und Hans Tietmeyer, die die Verantwortung in vielen Verhandlungsrunden für die deutsche Seite trugen, sehr, sehr dankbar, daß sie sich ohne Wenn und Aber für den EURO einsetzten. Es war nun wahrlich für Franzosen und andere nicht einfach, daß die Deutschen die Stabilitätskriterien aus dem Bundesbankgesetz nahezu wörtlich in die europäische Gesetzgebung übernehmen wollten. Ich muß in diesem Zusammenhang vor allem meinen Freund Jacques Delors loben, der mit ungeheurer Leidenschaft den Weg zum EURO frei schaufelte.

Wenn ich diesen Dank ausspreche, so tue ich es auch deswegen, weil in Deutschland derzeit die Geschichtsfälscher unterwegs sind. Sie brauchen sich nur umzuschauen. Wenn Sie als Numismatiker bei der Deutschen Post-AG eine Silbermedaillenedition mit dem Titel „Unsere Währung auf dem Weg zum EURO“ bestellen - im Prinzip eine gute Idee - dann werden Sie folgenden Werbetext dazu lesen können: „So wie die berühmten Politiker Ludwig Erhard und Konrad Adenauer eng mit dem Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre und der D-Mark verbunden sind, so stehen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Finanzminister Hans Eichel für die Einführung unserer neuen Währung“. Beide haben sicher mit einer Menge Dinge zu tun. Aber mit dem EURO haben sie überhaupt nichts zu tun! Die Art und Weise, wie hier der Bürger für dumm verkauft wird - immerhin von einem vom Staat wesentlich abhängenden Unternehmen - ist schon ein Fall für sich!

Daß sich die Mitgliedsländer der Europäischen Union auf eine Wirtschafts- und Währungsunion verständigen konnten, erst elf, dann zwölf EU-Mitgliedsländer, das war überhaupt nicht selbstverständlich. Es bleibt für mich ein Wunder. Denn vor zwei Jahrzehnten war die Stimmung gegen Europa so schlecht, wie es überhaupt nur ging: Kleinmut, Ängstlichkeit, Verdrießlichkeit, Sатtheit und Absage an jede Zukunft. Auf meinem ersten EG-Gipfel im Dezember 1982 als Bundeskanzler in Kopenhagen war das meist gebrauchte Wort „Eurosclerosis“, also eine schlimme Krankheit verbunden mit dem Begriff Europa. Wenn Sie heute den einen oder anderen Leitartikler noch einmal fragen würden, ob er damals das alles schrieb, wird er Ihnen sagen: „Das muß ein anderer gewesen sein! Ich habe damit nie etwas zu tun gehabt!“ Damals gab es keine Spur der Hoffnung, daß wir auf dem Weg der europäischen Einigung große Schritte voran machen könnten.

Bis hin zum 1992 unterzeichneten Vertrag von Maastricht, der den Stufenplan für die Wirtschafts- und Währungsunion festlegte, war es ein langer und von vielen Rückschlägen begleiteter Weg. Damals hieß es, der Vertrag werde niemals ratifiziert. Da ich damals - schon allein das war eine völlig neue Lebenserfahrung europäischer Politik - im französischen Fernsehen mit François Mitterrand auftrat, um für den Vertrag von

Der Euro und die Zukunft Europas

Maastricht zu werben, weiß ich, wie schwierig das alles war. Viele behaupteten dann, die europäische Währung käme nie. Doch trotz dieser Unkenrufe konnte beim europäischen Gipfel 1997 in Amsterdam die Einführung des EURO - zunächst als Buchgeld - beschlossen werden.

Ich sage es noch einmal: Die Aufgabe der D-Mark war für uns Deutsche überhaupt kein einfaches Thema. Mir war von Anfang an klar, daß die Zustimmung der Bevölkerung zur Abschaffung der deutschen Mark zugunsten eines europäischen Geldes, das erst später EURO hieß, schwer zu gewinnen war. Denn wir dürfen nicht vergessen, wie der Weg mit der D-Mark war.

Ich erinnere mich noch gut daran: Ich war damals Pennäler und 18 Jahre alt, als im Sommer 1948 die neue Währung, die D-Mark, eingeführt wurde. Damals gab es überhaupt keine Erwartungen freudiger Art. Man sprach vom „Besatzungsgeld“. Es würde bei nächster Gelegenheit wieder verschwinden. Doch im Laufe der Zeit wurde die D-Mark für die Deutschen zu einem Symbol. Bedenken wir: Noch vor Gründung der Bundesrepublik, vor Einführung einer deutschen Flagge und einer deutschen Nationalhymne gab es schon die D-Mark! Sie war sozusagen das erste Identifikationsmerkmal der Deutschen nach dem Krieg. Mit dieser D-Mark war für Millionen und Abermillionen Deutsche der Aufbau der fünfziger Jahre verbunden, den man fälschlicherweise ein „Wirtschaftswunder“ nennt. Ich mag das Wort nicht; denn es war kein Wunder. Es war vielmehr die Hilfe der Amerikaner durch den Marshall-Plan, der den Aufschwung möglich machte. Und es war die Bereitschaft der Deutschen - ich sage dies voller Verneigung vor der damaligen Generation - die in der Stunde Null die Ärmel hochkrempelte und zupackte und 12 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen in unserem Land eine neue Heimat schenkte. Das war das eigentliche Wunder. Deshalb sage ich gerade den Jüngeren unter uns: Sie brauchen doch keine Angst zu haben, daß Sie das gleiche in Ihrer Zeit nicht auch schaffen!

Für unsere Landsleute in der DDR hatte die D-Mark eine ganz besondere Bedeutung. Deren Einführung war ein zutiefst ersehntes Ereignis. Dieser 1. Juli 1990 war für viele Bürger der DDR ein ganz wichtiger Tag.

Unvergeßlich bleibt für mich eine Großkundgebung mit über 300.000 Menschen, die in Leipzig kurz vor der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 stattfand. Dort wurde mir klar zu verstehen gegeben: „Helmut, wenn die D-Mark nicht nach Leipzig kommt, gehen die Leipziger zur D-Mark“. Unsere Landsleute erfuhren über Nacht, welche Bedeutung eine stabile Währung hat und daß man nicht umsonst gespart und nicht umsonst hart gearbeitet hatte. Die D-Mark stand, wie der EURO, für Freiheit, für Wohlstand und für eine gute marktwirtschaftliche Entwicklung.

Ich war mir des politischen Risikos, das wir mit der neuen Währung eingingen, sehr bewußt. Denn ich wußte, wir hatten dafür in der Bevölkerung keine Mehrheit. Vielen, die fragen, warum wir nicht darüber abgestimmt hätten, sage ich ganz offen: Eine solche Abstimmung wäre in Deutschland aus den Gründen, die ich eben dargestellt habe, schief gegangen. Ich war und bleibe ein Anhänger der repräsentativen Demokratie: Wenn ein Regierungschef sein Schicksal mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Währung verbindet und er in vier Wahlen bestätigt wird - jeder wußte, wen er wählt und was er wählt - dann ist das demokratisch deutlich legitimiert.

Manche Populisten machten sich die skeptische Stimmung zu Nutze und starteten Kampagnen gegen den EURO. Darunter waren auch Professoren, und selbst Theologen mischten sich in die Währungsdiskussion ein. Es waren viele Repräsentanten des öffentlichen Lebens dabei, die besser geschwiegen hätten. Deswegen ist es schon komisch, wenn jetzt behauptet wird, Gerhard Schröder habe den EURO eingeführt. Denn er hielt den EURO noch im März 1998 für eine „kränkelnde Frühgeburt“.

Doch der EURO ist eine Erfolgsgeschichte! Der EURO hat bereits als Buchgeld mehr zum Wirtschaftswachstum beigetragen als vieles andere. Die am 1. Januar 1999 geschaffene Währungsunion ist bis heute eine Erfolgsbilanz. Sicher werden wir Probleme haben, wenn die nationale Politik nicht dem Anspruch der Stabilitätskriterien genügt. Aber es ist unredlich, die schrecklichen Terroranschläge in Washington und New York und die Einführung des EURO für die Probleme in weiten Bereichen der

Der Euro und die Zukunft Europas

wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands verantwortlich zu machen. Wenn Deutschland heute bei der Höhe der Arbeitslosigkeit innerhalb der EU einen hinteren Platz einnimmt, dann hat das mit der gegenwärtigen Regierungspolitik zu tun.

Für mich stand immer außer Frage, daß sich die Politische Union nicht ohne die Währungsunion erreichen läßt. Für mich war die Währungsunion immer die Voraussetzung, um die notwendigen Entscheidungen für die Politische Union zu treffen. Ich hatte nie einen Zweifel daran, daß die Details für die Politische Union einschließlich aller Verfassungsfragen noch sehr viel schwieriger zu klären wären als die Fragen der Wirtschafts- und Währungspolitik. Ich bin sicher, daß wir mit dem wichtigen Fundament der gemeinsamen Währung die jetzt anstehenden Entscheidungen hin zur Politischen Union treffen werden.

Der EURO ist weit mehr als ein Zahlungsmittel. Der EURO ist ein Beitrag für die Identifikation Europas. Er ist ein Zeichen für die Zusammengehörigkeit in diesem Europa. Er trägt maßgeblich dazu bei, daß ein europäisches Bewußtsein entsteht. Deswegen war es auch so schwierig, die neue Währung durchzusetzen. Deswegen war auch so viel Skepsis vorhanden. Deswegen tut sich ja auch heute noch der eine oder andere in Washington oder New York oder sonstwo mit dem EURO schwer, von asiatischen Ländern gar nicht zu reden, weil der EURO nach dem Dollar und vor dem japanischen Yen die andere große Weltwährung sein wird. Doch diejenigen, die dem EURO skeptisch gegenüberstehen, seien daran erinnert: Auch bei der Einführung der D-Mark 1948 waren nur wenige davon überzeugt, daß sie ein Erfolg werden würde. Das kann man am besten an dem überlieferten Dialog zeigen, den der Präsident der Bank deutscher Länder mit dem Präsidenten der Federal Reserve Bank Ende 1948 in Washington führte. Der Amerikaner stellte mit seinem herben Charme gegenüber dem Deutschen unmißverständlich klar: „Was wollen Sie eigentlich mit Ihrer D-Mark? Sie sind nichts, Sie haben nichts, und es wird nichts!“ So sah die Geburtsstunde der D-Mark aus kompetenter amerikanischer Sicht aus.

Weil auch damals alles anders kam, bin ich voller Optimismus, daß die Identifikation der Menschen mit dem EURO gelingt. Für die Kinder, die ich eben in der Innenstadt von Bonn sah, wird es einmal völlig selbstverständlich sein, in weiten Teilen Europas mit einer einzigen Währung einkaufen zu können - in Bonn, in Berlin, in Wien, in Helsinki oder in Lissabon. In nicht allzu ferner Zukunft werden sie dies auch in Warschau, in Prag und in Budapest tun können. Und ich bin mir sicher: In fünf Jahren werden sie mit dem EURO auch in London bezahlen können, und in zehn Jahren in Zürich! Vielleicht wird man in der Schweizer dreimal abstimmen; aber schon bald werden in der Züricher Bahnhofstraße die Waren in zwei Währungen ausgezeichnet sein. Das ist die Realität des Lebens.

Für mich ist es auch faszinierend - und das ist in der Öffentlichkeit fast untergegangen - daß Sie auch in einigen Überseegebieten mit dem EURO bezahlen können. Außer in den jetzt 12 EURO-Ländern ist die neue Währung auch in den Departements, die zum französischen Staatsgebiet gehören, eingeführt worden: in Französisch-Guyana und in Guadeloupe, in Martinique und in Réunion. In Andorra, im Kosovo und in Montenegro wurde der EURO ebenfalls eingeführt. In allein 14 afrikanischen Ländern wurde die nationale Währung an den EURO angebunden. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Was zwei Generationen großartiger Männer und Frauen in Deutschland und in Europa erreicht haben, wird einen guten weiteren Weg nehmen.

Damit wir das, was wir erarbeitet haben, aber auf Dauer politisch absichern können, ist es absolut notwendig, aus dieser Wirtschaftsunion eine lebensfähige Politische Union zu machen.

Die barbarischen Terrorakte in Amerika haben uns die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus deutlich gemacht. Die europapolitische Antwort darauf kann nicht lauten, daß wir in Notzeiten immer wieder auf die USA zurückgreifen und dann auch noch stolz auf unser Selbstbewußtsein sind. Die Antwort für uns muß vielmehr heißen: Wir brauchen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wir brauchen eine gemeinsame Sicherheitspolitik nach außen und nach innen.

Der Euro und die Zukunft Europas

Dabei wird es nicht einfach zu realisieren sein, Europa mit einer Stimme sprechen zu lassen. Denn Europa ist ja kein Kunstprodukt. Europa ist aus vielen Nationen und aus vielen geschichtlichen Bedingtheiten gewachsen. Es ist das Abendland, von der Antike, vom Christentum und von der Aufklärung geprägt. Es ist ganz wichtig festzuhalten, daß dieses Haus Europa - jedenfalls so, wie ich es mir vorstelle - nicht nur ein Europa der Währung und der Wirtschaft ist, sondern - vor allem - der kulturellen Zusammengehörigkeit. Deswegen ist eine Diskussion darüber, ob Polen tatsächlich der Europäischen Union beitreten dürfe, völlig abwegig. So wie Bonn, Berlin oder München mitten in Europa liegen, so liegen auch Krakau und Prag, Warschau und Budapest - ich kann die Liste fortsetzen - mitten in Europa. Sie sind Bestandteile unserer europäischen Kultur. Wir haben die Chance wie nie zuvor, Europa zu einen. Dieser Kontinent ist - geschichtlich - alt; aber er ist nicht altersschwach.

Zu den unvergeßlichen Erlebnissen meines Lebens gehört, wie Mitte der neunziger Jahre die Staatspräsidenten der drei wieder unabhängigen baltischen Staaten in meinem Büro standen und mir ganz direkt sagten: „Herr Bundeskanzler, wir melden uns zurück in Europa.“ Deswegen müssen wir, vor allem wir Deutschen, alles tun, damit die Beitrittskandidaten die Chance bekommen, jetzt den Weg in das Haus Europa zu finden. Es ist eine unerträgliche Heuchelei, wenn manche sagen: Wir haben genug eigene Probleme; deshalb können wir uns nicht noch mit den Polen, den Tschechen oder den Ungarn befassen. Doch diese Völker wissen sehr genau, daß der Weg in die Europäische Union ganz, ganz schwierig ist und mit elementaren Veränderungen im eigenen Land verbunden ist. Die Polen, Tschechen, Ungarn bekamen nicht die Unterstützung, wie sie unsere Landsleute in der DDR - zurecht - erhielten. Sie lebten Jahrzehnte - wie einst die Ostdeutschen - auf der Schattenseite der europäischen Entwicklung.

Deswegen müssen wir ihnen jetzt Hilfe zur Selbsthilfe geben. Mehr können wir nicht tun. Das andere müssen sie selbst schaffen. Es darf keine Zeit verloren werden. Wir dürfen die Osteuropäer nicht dafür bestrafen, daß sie einst jenseits des Eisernen Vorhangs lebten. Wir Deutsche dürfen dies schon gar nicht tun. Denn wir verdanken diesen Ländern eine ganze

Menge: Ohne die Öffnung der Grenze am Neusiedlersee 1989 durch die ungarischen Reformkommunisten wäre das DDR-System nicht eingestürzt. Und daß die Polen in diesen entscheidenden Jahren nicht aufgaben und in ihrem nationalen Selbstverständnis sangen: „Noch ist Polen nicht verloren“, kam auch uns zugute. Hinzu kommt, daß der aus Polen stammende Papst zu diesem Zeitpunkt für die deutsche Einheit eintrat. Zu meinen bewegendsten Erinnerungen gehört sein Besuch am Brandenburger Tor, wo er mich an die Hand nahm und sagte: „Herr Bundeskanzler, können Sie sich vorstellen, wie es mir zumute ist? Der Papst aus Polen mit dem Bundeskanzler - und die Mauer ist weg. Und Deutschland und Polen sind frei.“ Wollen wir jetzt darüber diskutieren, daß möglicherweise unser Arbeitsmarkt in Schwierigkeiten gerät, weil Polen in die EU kommt? Als die Spanier und die Portugiesen der EU beitraten, gab es die Sorge, der europäische Markt werde von Spaniern und Portugiesen überfüllt. Doch das ist nicht eingetreten. Europa hat auch die Süderweiterung gut verkraftet.

Die Frage stellt sich: Welches Europa wollen wir eigentlich? Ich muß Ihnen gestehen, daß ich viele Jahre hindurch die Position vertrat, wir könnten die Vereinigten Staaten von Europa schaffen. Dieses Wort hat aber eine falsche Assoziation geweckt, nämlich die der Vereinigten Staaten von Amerika. Doch wir sind nicht und werden nicht vergleichbar sein mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Denn jedes Land hat in diesem Haus Europa seine eigene Identität. Die Franzosen bleiben Franzosen, die Engländer bleiben Engländer, die Italiener bleiben Italiener. Europa wird ein Europa der Vaterländer bleiben. Wir wollen keinen Zentralstaat haben, der von einer Stelle aus Alles und Jedes regelt. Deshalb halte ich am Prinzip der Subsidiarität fest. Das heißt: Die Probleme müssen auf der Ebene gelöst werden, auf der sie am besten gelöst werden können, nämlich nahe bei den Menschen. Der Verfassungskonvent, der jetzt ins Leben gerufen wurde, wird eine klare Abgrenzung der Kompetenzen treffen müssen, damit im Bonner Rathaus das entschieden wird, was in Bonn geschehen muß. Die nächsthöheren Ebenen - die regionalen bzw. nationalen Regierungen - dürfen nur dann tätig werden, wenn es

unabweisbar notwendig ist. So soll schließlich in Brüssel nur das entschieden werden, was auf anderer Ebene nicht entschieden werden kann.

Die internationale Kriminalität beispielsweise können wir nicht mehr mit den althergebrachten regionalen oder nationalen Mitteln bekämpfen. Das ist keine Mißtrauenserklärung gegenüber den deutschen Polizei- und Kriminalbeamten. Aber wer den internationalen Waffenhandel, den Menschenhandel, den Drogenhandel mit Umsätzen in Milliardenhöhe beobachtet, täuscht sich, wenn er glaubt, er könne das Problem noch auf eine Weise bekämpfen, wie dies noch Anfang des letzten Jahrhunderts geschah. Das Problem hat nichts mit dem Europa der freien Grenzen zu tun; vielmehr ist die Welt komplexer geworden. In dieser komplexer gewordenen Welt muß die Sicherheit gewahrt bleiben. Der Bürger zahlt seine Steuern, damit der Staat die Sicherheit nach innen und außen garantiert. Deswegen ist es wichtig, daß die Zuständigkeiten von Europol ausgebaut werden.

Das Miteinander in der Europäischen Union wird auch nur dann funktionieren, wenn es ein gleichberechtigtes Zusammenwirken von großen und kleinen Staaten gibt. Ein Gegeneinander schadet der europäischen Einigung. Deshalb fand ich es eine ungeheure Torheit, wie meine früheren Kollegen mit Österreich umgegangen sind. François Mitterrand und ich waren immer der Auffassung: In der Europäischen Union muß das Prinzip der Qualität gelten und nicht das der Quantität. Daß man sich darüber streitet, weil einem die Koalition in Österreich nicht paßt, ist abwegig und feige. Als ich Kanzler war, hatte François Mitterrand gerade die Kommunisten in die Regierung genommen. Ich wäre nie auf den Gedanken gekommen, ihm zu sagen: „Das geht nicht.“ Die Franzosen hätten uns für verrückt erklärt.

Auch das Verhalten des britischen Premierministers, nämlich ein paar Staatschefs aus großen Ländern einzuladen und die Kleinen außen vor zu lassen, war schädlich. Es darf eine solche Zweiteilung in der EU nicht geben! Es ist für die EU wichtig, daß am Prinzip „Qualität vor Quantität“ festgehalten wird. Deshalb war der in Nizza geführte Streit um die Zahl der Sitze im Europäischen Rat völlig fehl am Platz. Denn wenn man die

Vergabe von Mandaten eins zu eins an die Bevölkerungszahl koppelte, käme man zu ganz ungunstigen Proportionen. Im Bundesrat kann man doch auch mit den Größenunterschieden leben: Das große Land Nordrhein-Westfalen mit 16 Millionen Einwohnern neben dem kleinen Land Bremen mit weniger als einer Million Einwohner. Wenn wir die Geschichte der letzten fünfzig Jahre betrachten, dann stellt sich die Frage, ob die Länder mit 16 Millionen tatsächlich „besser“ sind als die mit 900.000. Dazu könnte ich eine ganze Menge sagen. Jean-Claude Juncker, der kluge Ministerpräsident Luxemburgs, formulierte einmal treffend: „Ich bin der Ministerpräsident eines kleinen Landes mit 400.000 Einwohnern. Ihr Deutschen seid 80 Millionen. Aber im Verhältnis zu den Chinesen seid auch Ihr klein.“ Sie sehen, daß man dieses Thema klug angehen muß. Ein Direktorium zwischen den großen Ländern gegenüber den kleinen wäre eine furchtbare Fehlentwicklung. Wir, die Deutschen, sind klug beraten, Sachwalter der Kleinen zu sein!

Der Bau des Hauses Europa ist ein evolutionärer Prozeß. Deswegen kann vieles nicht einfach über Nacht zu Ende gebracht werden. Die Konferenz in Nizza hat die noch zu bewältigenden Aufgaben überdeutlich gemacht. Ein wichtiger Schritt zur Überwindung der vorhandenen Defizite ist die beim letzten EU-Gipfel in Laeken beschlossene Einsetzung eines Konvents. Es ist zu begrüßen, daß er Vorschläge für eine grundlegende Erneuerung der EU-Verträge ausarbeitet. Ich bin sicher, daß das zu einem guten Ergebnis führen wird.

Ein Blick auf das letzte Jahrhundert läßt erahnen, welche gewaltige Wegstrecke wir in Europa gemeinsam zurückgelegt haben. Die Zeit des Nationalstaates alter Art ist endgültig vorbei. Wir haben aus den bitteren Erfahrungen von zwei Weltkriegen gelernt, daß ein Zurück in diese Vergangenheit schreckliche Folgen hätte. François Mitterrand rief in seiner letzten Rede vor dem Europäischen Parlament, kurz vor seinem Tod, den Abgeordneten zu: „Der Nationalismus, das ist der Krieg, und wir wollen den Frieden.“ Er hatte Recht. Ich weiß, daß viele Abgeordnete ihn nur schwer verstanden; denn von den in Europa lebenden Bürgern haben nur noch knapp dreißig Prozent den Zweiten Weltkrieg erlebt. Alle anderen wissen, Gott sei Dank, persönlich nichts mehr von Krieg. Und es ist völlig

Der Euro und die Zukunft Europas

sinnlos, von jungen Leuten Dankbarkeit zu erwarten, daß es keinen Krieg mehr gibt. Aber die jungen Männer müssen realisieren, daß sie in keinen Krieg mehr ziehen müssen. Heute kann man das zum ersten Mal in der deutschen Geschichte sagen. Wenn Sie auf dem Weg nach Paris die Stadtgrenze von Saarbrücken verlassen, so schauen Sie einmal auf die Hinweistafeln zu Soldatenfriedhöfen, die Ihnen nach und nach begegnen. Es ist wichtig die Toten zu ehren. Aber noch wichtiger ist es, daß keine neuen Soldatenfriedhöfe in Europa entstehen.

Der Satz: „Nie wieder Krieg!“ - wir haben in meiner Jugend noch am 20. April Führers Geburtstag feiern müssen – hat mein Leben und das vieler anderer bestimmt. Großartige Männer und Frauen - Adenauer, Schuman, Churchill, Monnet, um nur einige zu nennen - haben aus dieser Haltung heraus gehandelt. Es ist noch heute bewegend, in Churchills Züricher Rede vom September 1946 nachzulesen, wie er vorausschauend die Deutschen und Franzosen dazu aufforderte, sich endlich zu vertragen und etwas Neues anzufangen. Adenauer und Schuman wagten mit der Gründung der Montan-Union einen Neuanfang. Sie war der Grundstein der europäischen Einigung. Es ist bewundernswert, was daraus bis heute geworden ist. Ich weiß, daß dieses Werk noch verbesserungswürdig ist. Doch was ist die Alternative? Etwa zurück? Es gibt keine Alternative zur europäischen Einigung!

Wir sind auf einem guten Weg. Der Beginn eines neuen Jahres ist die Zeit der guten Wünsche. So wünsche ich uns allen, aber vor allem Ihnen, den Studentinnen und Studenten, daß Sie die Aufgaben annehmen, die vor Ihnen liegen. Lassen Sie sich nicht von den Kulturpessimisten beeindrucken, die Ihnen einreden wollen, auf uns käme eine ganz schlimme Zeit zu. So ist es überhaupt nicht! Natürlich wird es immer wieder Probleme geben. Wer sein Studium beendet und keinen Arbeitsplatz findet, der hat ein Problem. Aber überlegen Sie bitte noch einmal, wo wir herkommen: Die Generation Ihrer Großeltern erlebte noch den Krieg. Wir wollen das nicht vergessen, weil wir daraus gelernt haben. Ihre Generation hat alle Chancen, in einem Europa aufzuwachsen, in dem Frieden und Freiheit herrschen. Es liegt ausschließlich an uns, diesen Weg, der mit dem

Helmut Kohl

EURO eine neue Etappe erreicht hat, weiterzugehen. Sie, die Jüngeren, sind es, die das neue Europa und das neue Jahrhundert gestalten!

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opoln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Europe and 11 September
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-03-1



Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>